

Namensgebung „Gesche-Gottfried-Weg (er)klären.

Der Beirat möge ergründen (lassen), wie es zu besagter Namensgebung gekommen ist, und diese bislang unbeanstandet ist.

Begründung:

Im Zuge des so genannten „Dekolonialisierung“ sollen die Namen von (vermeintlichen) Verbrechern getilgt werden. Auch in Walle sollen einige Straßen zwangsumbenannt werden, wenn es nach dem Willen einiger Kulturmarxisten geht.

Als ich am 11. April 2023 eine Mail vom Ortsamt West bekam, staunte ich nicht schlecht, als ich die Umbaupläne für ein Schrebergartengebiet sah. Es soll ein Weg nach einer 15-fachen Serienmörderin benannt werden, bzw. der Name für den Weg ausweislich der aktuellen Planung bestehen bleiben. Es drängt sich die Frage auf, was den Unterschied ausmacht, dass eine verurteilte Mörderin mit einem Wegenamen „geehrt“ wird, während die Anwohner bestimmter Straßen, z.B. der Columbus-straße, künftig auf den gewohnten Namen verzichten sollen.

Anmerkung: Straßennamen sollten keiner Ehrung, sondern der Erinnerungskultur, ggfls. mit Erklärung an den Straßenschildern, dienen. Das könnte die fanatischen Diskussionen abmildern.

[Lese mehr über die verurteilte Serienmörderin.](#)



11.04.2023

Gerald Höns

Bremen, den 12.04.2023

Antrag zur Beiratssitzung am 20.04.2023

Beiratssitzungen dauerhaft digital verfügbar machen*

Der Beirat möge beschließen:

Beiratssitzungen künftig nicht nur im Format der gewohnten Präsenzsitzungen durchzuführen, sondern diese gleichzeitig auch digital via Livestream im Internet zugänglich zu machen.

Weitergehend sollen Präsenz-, als auch virtuelle Sitzungen künftig nicht nur aufgezeichnet werden, sondern wie bereits die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft, als Aufzeichnung digital über das Videoportal Vimeo, **auch im Nachhinein abrufbar gemacht werden.**

Begründung:

Der Beirat Walle darf in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung nicht den Anschluss verlieren, und sollte dauerhaft in der Lage sein, den veränderten Gepflogenheiten und Wünschen aus der Bevölkerung proaktiv entgegenzukommen.

Nicht nur pandemiebegründet werden inzwischen verschiedene digitale Teilnahmeangebote von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern nicht nur ausdrücklich begrüßt, sondern auch gezielt bei potenziellen Anbietern nachgefragt.

Der anfallende technische Aufwand ist so überschaubar, wie vertretbar. Laptop, Stativkamera und zwei Mikrofone wären auf der Technikseite sicherlich eine vertretbare Investition. Walle wäre in dieser Angelegenheit auch keinesfalls Vorreiter, da anderswo bereits danach verfahren wird.

Die Sitzungen wären auf diesem Wege künftig also nicht nur aus Gründen etwaiger Pandemieprävention digital erlebbar, sondern Menschen, welche aus individuellen Gründen keine Möglichkeit der Präsenzteilnahme haben, hätten so die Möglichkeit, den

Sitzungen beizuwohnen, bzw. Versäumtes zu einer späteren Zeit nachzuholen. Archivierte Aufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen wären ungemein hilfreich bei Bildung und gelebter Transparenz.

* Hinweis:

Dem Unterzeichner ist klar, dass einige der beschriebenen Wünsche in Walle zumindest zeitweise umgesetzt werden.

Trotzdem war es ein Wunsch, den Antrag der BIW, auch in Walle zu stellen, um möglichst in allen Beiratsgebieten gleiche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die folgenden Zeilen erreichten den Unterzeichner nach einer Vorabbekanntmachung des Antrages an dessen BCC-Gemeinde:

„fährt Walle nicht eh schon zweigleisig, also Präsenz- u. Online-Sitzung?

Aufzeichnen und online verfügbar machen auf Vimeo ist aber in jedem Fall angezeigt, schon allein um das bisweilen immer wiederkehrende antidemokratische Verhalten einiger Darsteller vor Ort in die Transparenz zu befördern.

Beste Grüße „

Zitat Ende.

Im Auftrag

Gerald Höns

Anmerkung zu meiner letzten Sitzung als Beiratsmitglied in Walle:

Anlässlich dieses letzten Antrages bedanke ich mich herzlich für die konstruktive Begleitung, welche mir aus einer nicht zu unterschätzenden Menge aus der Bevölkerung widerfahren ist. Ohne diese Unterstützung wäre es mir kaum möglich gewesen, die acht Jahre als Beiratsmitglied ohne Fehlzeiten und unbeschadet durchzustehen.

Einen besonderen Dank gebührt Herrn Dr. Martin Korol, der mir beratend zur Seite stand, als ich Verhaltensweisen wahrnehmen musste, welche ich mir vor meiner Zeit als Beirat nicht vorstellen konnte.

Meiner designierten Nachfolgerin, Frau Tanja Häfker wünsche ich viel Erfolg als Beirätin, und stehe ihr mit meiner Erfahrung gerne zur helfend zur Seite.

Gerald Höns

Zulässigkeit des Abstellens von Gegenständen auf Gehwegen prüfen (lassen).

Der Beirat möge eine Anfrage bei der zuständigen Stelle stellen, ob das Abstellen von Gegenständen auf öffentlichen Gehwegen zulässig ist. Welche Möglichkeiten gibt es, im Falle der Unzulässigkeit, die geschilderten Zustände beseitigen zu lassen?

Begründung:

Es liegen mehrere Beschwerden vor, dass im Stadtteil an diversen Stellen Gegenstände auf Gehwegen abgestellt sind. Es handelt sich um Blumenkästen, Bänke, eingepflanzte Bäume bei entnommenen Gehwegplatten, abgestellte Paletten, Lastenfahräder... Die Nutzung der betroffenen Gehwegabschnitte ist nicht, bzw. nur eingeschränkt möglich. Rollstuhlfahrer müssen auf die Straße ausweichen.

Diverse Beschwerden wurden schlicht und ergreifend nicht beantwortet. Dem Ortsamt West wurde diverses Bildmaterial über die Zustände zur Verfügung gestellt. Ein Mitarbeiter des Orsamtetes berichtete, dass keine Antwort von der kontaktierten Stelle gekommen ist.

Bremen, den 12. April 2023

Im Auftrag

Gerald Höns

Status der so genannten Ølhafenleute klären.

Der Beirat möge mit Nachdruck dafür sorgen, dass rechtlich einwandfreie Verhältnisse bezüglich der vertragslosen Inanspruchnahme einer Fläche am Hagenweg geschaffen werden.

Begründung:

Mittlerweile dauert die Besetzung des Geländes eine Beiratsperiode. Es gab zahllose „Runde Tische“, Duldungen etc.

Rein formaljuristisch liegt ganz klar Gesetzlosigkeit vor. Diese Tatsache und die Ungleichbehandlung gegenüber den Schrebergärtnern sind Grundlage für so manche Beschwerden, die den Unterzeichner im Laufe der Jahre erreichten.

Im Ergebnis wurde von den zuständigen Stellen immer wieder auf Zeit gespielt. Zeit wurde durch Arbeitskreise und „Runde Tische“ gewonnen. Menschen, welche bekannt dafür sind, kritische Fragen zu stellen, wurden mitunter ausgeschlossen. Wie z.B. Frau Häfker, der in der Vergangenheit übel mitgespielt wurde.

Wenn es politisch gewollt ist, möge man rechtlich einwandfreie Verhältnisse und Infrastruktur schaffen, so dass an besagter Stelle gewohnt werden kann, ohne Gleichheitsgrundsätze und andere Vorschriften zu verletzen.

Offensichtlich ist den Verantwortlichen klar, dass eine Legalisierung teuer ist, und dazu führen wird, dass bei den Schrebergärtnern Begehrlichkeiten entstehen.

Die Kosten, um die Situation zu befrieden wären enorm, und dem Steuerzahler nicht zu vermitteln. So lässt man, die aus ideologischen Gründen offenbar gewünschte Sache wohl so lange schleifen, bis eine Art „Gewohnheitsrecht“ eintritt, und sich die Menschen in der Tat an die Zustände gewöhnt haben. Beschwerden beim Ortsamt wurden unter Leugnung der Tatsachen barsch abgewiesen (siehe Beispiel, Anhang).

Es besteht Grund für die Annahme, dass eine Fachausschuss-Sitzung, wo das Thema angesprochen werden sollte, eben aus diesem Grund komplett abgesagt wurde.

Da zu befürchten steht, dass das Thema auch in der nächsten Quartiersausschuss-Sitzung nicht zum Zuge kommen wird, gibt es diesen Antrag.

Mögen die zuständigen Stellen die gesetzlichen Grundlagen zum Verbleib der Ølhafenleute schaffen, mit allen Konsequenzen bezüglich Kosten etc., oder dafür sorgen, dass der Zustand vor der vertragslosen Inanspruchnahme wieder hergestellt wird. Und das bitte zügig!

Auf Dauer machen sich die Verantwortlichen mit dem Herumgeeiere unglaubwürdig.

Bremen, den 12. April 2023

Im Auftrag

Gerald Höns

Anlage: (erschieden nach einer abgewiesenen Beschwerde eines Bürgers)

Grün ist der Text der Ortsamtsleiterin, wo u.a. auf die Sitzung des Fachausschusses Quartiersentwicklung verwiesen wird. Angekündigte Sitzungen wurden „mangels Themen“ oder aus „Termingründen“ einfach abgesagt. Es steht die Vermutung im Raum, dass die Sitzung einfach abgesagt wurde, weil den Vernehmen nach jemand unangenehme Fragen aus dem Weg gehen wollte.

Unruhe im Schrebergartengebiet

Anfragen besorgter Kleingärtner werden von den gegenwärtigen Machthabern in arroganter Weise abgetan, wie ein Beispiel aus dem OA-West zeigt. Dabei wurde ein Gebiet am Hagenweg in einer Art und Weise besetzt, wie es bei den linksradikalen Hausbesetzern üblich ist. Auch die Veröffentlichungen „der Menschen mit neuen Wohnformen“ (siehe Bilder) geben Raum für die Annahme, dass es sich wohl doch um Linksradikale handelt.

die Terminplanung der Fachausschusssitzungen des Beirates Walle unterliegt ausschließlich der Absprache zwischen Beirat und Ortsamt. Auskunft, was für den Ausfall einer Sitzung verantwortlich ist, muss Ihnen keineswegs dargelegt werden.

Wenn Sie Vorschläge für Themenbereiche haben, können Sie diese dem Ortsamt gerne mitteilen.

Übrigens: dass sich Linksradikale am Hagenweg niedergelassen haben ist mir nicht bekannt. Sollten Sie die Ölhafen-Initiative meinen, so gehe ich davon aus, dass es sich um eine Gruppe von jungen Menschen handelt, die neue Wohnformen für sich suchen. Wenn es dazu neue Entwicklungen gibt, so wird dieses Thema bei einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses Quartiersentwicklung aufgerufen.

